



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

P/XII/57 - 9. März 1957

Einweise

auf den Inhalt:

Wahltaktik mit dem Brotpreis	S. 1
Die Zukunft von John Bull	S. 3
Stipendium nicht Darlehen/ Um die Finanzierung des Studiums	S. 5

Um das liebe Brot

rd - Reichlich marktschreierisch wird der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht, die Bundesregierung, ganz besonders der Bundeswirtschafts- und der Bundesernährungsminister würden den Brotpreis unter allen Umständen stabil halten. Doch die Öffentlichkeit ist skeptisch - wie immer bei marktschreierischen Ankündigungen - und mit Recht gegenüber dieser Regierung. Was ist denn auch tatsächlich geschehen, um diese Lautstärke zu begründen?

Erhard und Lübke haben lediglich erklärt: Die Preisforderungen der Bäcker und des Backgewerbes würden "der Höhe nach" von ihnen abgelehnt, sie überschritten "das vertretbare Mass". Besonders in Hessen sei man "über das Ziel hinausgeschossen". Man hoffe, in weiteren Besprechungen mit den Bäckern "eine Annäherung der Standpunkte" zu erreichen. Behördliche Eingriffe irgendwelcher Art seien nicht vorgesehen. Wo ist also bei diesen Erklärungen auch nur eine Spur von stabilen Preisen zu sehen oder gar von einer energischen Haltung dieser Minister. Sie haben sie nicht! Und wollen sie auch nicht haben!

Lübke hat auf der Grünen Woche in Berlin den Bauern erklärt, ihre Forderung nach einem Ausgleich der sogenannten Disparität sei aus dem Grünen Plan allein nicht erfüllbar. Er werde aber bei den Preisen, die seinem Einfluss durch die Marktordnung unterliegen - und das ist Fleisch, Fett, Bier und auch Getreide - über Preisanhebung einen

einen Ausgleich anstreben.

Und Erhard? Er war ja schon immer gegen steigende Preise und hat sich als Kraftmeier aufgespielt, der jedesmal "enüßtig" die Preisbewegung zum Stillstand bringen werde - seit zehn Jahren! Doch hinterher erklärte er immer, es sei das Wesen seiner Marktwirtschaft, dass die Preise "beweglich" wären, und er müsse ein kompletter Trottel sein, wolle er verhindern, dass man auf diesem Markt die jeweils günstigsten Preise erzielt.

Warum also die Marktschreierei? Schliesslich geht es gar nicht um den Brotpreis allein sondern um das ganze Preisniveau und die ständige schleichende Inflation. Doch an traditionell politischer Preis des Brotes wird die besondere Politik der Bundesregierung zu allgemein sichtbar. Er ist durch und durch ein manipulierter Preis.

Das beginnt beim Getreide-Preisgesetz, mit dem der innerdeutsche Getreidepreis über dem Weltmarkt-Preisniveau gehalten wird. Auf billiges Einfuhrgetreide erhebt man eine Einfuhrabgabe, um den niedrigen Weltmarktpreis auf den hohen Inlandpreis hinaufzuschleusen. Seit der Zeit des Mangels vor der Währungsreform, wo das vielleicht nötig war, werden noch immer Ablieferungsprämien für Getreide an die Landwirtschaft gezahlt. Der Kartellgegner Erhard genehmigte ein Mühlenkartell zum Abbau fehlinvestierter Mühlenkapazität und wir zahlen dafür zwei Pfennig pro Kilo im Mehlp reis, und somit für jede Tonne überschüssige Mähkapazität 7 000 DM an die Mähinvestoren aus Erhards Gnaden. Über alle diese Manipulationen, und es sind noch nicht alle, die sich im Brotpreis ausdrücken, wird geschwiegen. Nur wenn die Bäckergeßellen einen Lohnausgleich verlangen, dann sucht man mit dem Brotpreis die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Doch diesmal geht es nicht allein um das Brot, das wir essen. Der Preis dieses Brotes wäre der Regierung und besonders Herrn Erhard und Lübke völlig uninteressant, wenn nicht gerade die Wahlen vor der Tür ständen. Seit zehn Jahren hat man auf das Brot der Bevölkerung keine Rücksicht genommen, denn der Brotpreis stieg allein seit 1950 um mehr als 50%, aber jetzt geht es um das "Brot" der Minister, der Parteien, die über den steigenden Brotpreis das Vertrauen der Wähler verlieren könnten. Darum die Marktschreierei. Doch nun werden sie gar nichts, obgleich ihnen ausreichend Instrumente zur Verfügung stehen, um das Steigen des Brotpreises zu verhindern. Auch das ist Wahltaktik. Die einen täuscht man mit Geschrei und lässt deswegen doch den anderen die Gewinne.

Grossbritanniens Stellung in der Weltpolitik

E.A., London

Die Doppelkrisen von 1956 - Suez und Ungarn - haben neue Gefahren und neue Möglichkeiten heraufbeschworen. Sie haben die Schwächen der britischen Position auf ökonomischen und militärischem Gebiet aufgezeigt. Durch die Vorgänge in Polen und Ungarn wurde die Labilität des kommunistischen Systems blossgelegt und neue Entwicklungschancen taten sich auf. Die Weltpolitik gleitet von dem toten Punkt zwischen der sowjetischen Herausforderung und der starren westlichen Verteidigung ab und bewegt sich in Richtung auf eine flüssigere Situation, in der es Raum für Manöver und Ellbogenfreiheit gibt.

Diese Situation, die Kombination von Gefahren und Möglichkeiten, stellt Grossbritannien vor eine schicksalsvolle Wahl. Welche Stellung soll es in der Weltpolitik einnehmen? Soll es, so wie die Edenregierung es tat und Macmillan es möchte, hartnäckig an der alten Konzeption der Grösse durch bewaffnete Macht festhalten, obwohl die Suezintervention die Immoralität und Dummheit einer solchen Konzeption aufgedeckt hat?

Die Folgen von Suez

Krisenzeiten haben das Gute, dass sie das Denken aufrütteln und zum Überlegen zwingen. Grossbritannien befindet sich noch in der Krise, in die es durch das Suez-Ultimatum gestürzt worden war. Eine der Stärken der britischen Aussenpolitik seit dem zweiten Weltkriege war ihre "Überparteilichkeit". Die Hauptentscheidungen, die getroffen werden mussten, wie die Gründung der Nord-Atlantik-Allianz und die Beteiligung am koreanischen Kriege, waren tatsächlich von dem Gros aller Parteien unterstützt worden. Die grossen Linien der britischen Aussenpolitik schienen ausserhalb der Parteipolitik zu liegen, wenn man sich auch über die Einzelheiten streiten mochte. Suez hat die "Überparteilichkeit der Aussenpolitik" zerschmettert. Die Prinzipien, auf denen die Überparteilichkeit fußte, wurden in Frage gestellt.

Eine Klarstellung der Prinzipien, die Grossbritanniens zukünftige Rolle in der Weltpolitik regieren müssen, wurde jetzt in der Märznummer der Monateschrift "Socialist Commentary" versucht. Es ist eine Erklärung der Sozialistischen Union, die ähnlich wie die Fabier-Gesellschaft eine nicht-offizielle aber einflussreiche Vereinigung innerhalb der Labourparty darstellt, der viele führende Sozialisten angehören. Man darf es als ein aussenpolitisches Manifest der britischen Sozialisten ansehen, das zu neuer Grösse aufruft.

Wo liegt Grossbritanniens Macht?

Seit dem Kriegsende machte sich in Grossbritannien ein Gefühl der eigenen Schwäche bemerkbar. Amerika und die Sowjetunion beherrschen die Welt mit ihrer bewaffneten Macht. Ohne amerikanischen Beistand

könnte Grossbritannien einen russischen Angriff nicht widerstehen. Die Verwundbarkeit der britischen Wirtschaft, die im Gefolge der Suezaktion so eklatant demonstriert wurde, hatte sich bereits vorher in den mehrfachen Zahlungs- und Sterling-Krisen bemerkbar gemacht. Das Gefühl der eigenen Schwäche wurde durch die verschiedenen Etappen des "Rückzuges von Imperialismus" akzentuiert. Eine Kolonie nach der anderen erhielt Selbständigkeit, die britischen Truppen zogen ab, Stützpunkte wurden geräumt. Kein Wunder, dass viele Stimmen den "Niedergang" beklagten, sich über Abhängigkeit von Amerika beschwerten, dem Ruhm vergangener Zeiten nachtrauerten. Aber den Rückzug von Imperialismus mit strategischer Schwäche gleichzusetzen, heisst die Dinge übertrieben zu vereinfachen.

Vom Empire zum Commonwealth

Der Übergang vom Empire zum Commonwealth bedeutet nicht Zerfall, sondern einen Prozess, in dem Zwangsbande durch diejenigen freiwilliger Zusammenarbeit ersetzt wurden. Auch das Commonwealth wird durch die Bande der Strategie, der Verteidigung und der Verbindungswege zusammengehalten, weil sie jedem Mitglied zum Vorteil gereichen. Nur kann Grossbritannien nicht mehr kommandieren, sondern muss zusammenarbeiten und überreden. Grossbritanniens Wirtschaftsbeziehungen mit den freigesetzten Dominion haben tatsächlich gewonnen seitdem diese Unabhängigkeit erreicht haben, das Mutterland profitiert von der steigenden Prosperität der selbständigen Töchterstaaten.

So hat Grossbritannien zur Zeit in der Welt noch ein Gewicht, das weit über seine physische Kraft hinausreicht. Es behauptet eine Position in drei sich überschneidenden Zirkeln, im Commonwealth, in den Beziehungen zu den Vereinten Staaten und in der Stellung in Europa. Der britische Einfluss in jeder einzelnen dieser drei Sphären muss sein moralisches Ansehen in den anderen beiden erhöhen. Die drei Sphären zusammen umschliessen fast die gesamte freie Welt, in der Grossbritannien also eine einzigartige Stellung einnehmen kann. Aber diese Stellung beruht vor allem darauf, dass seine eigene Haltung über jeden Verdacht erhoben ist. Gerade darum war die Suezaffäre ein solches Unglück für das Land.

Grossbritannien und eine europäische Lösung

Weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten, die entgegengesetzten Pole der Weltpolitik, mögen geneigt oder in der Lage sein, eine europäische Regelung vorzuschlagen, wie sie unter den veränderten Weltumständen sinnvoll erschiene. Grossbritannien könnte es tun. Eine neutrale Zone im Herzen Europas, die von Polen, Rumänien und Bulgarien bis zur Schweiz, Deutschland und auch Dänemark reicht, könnte die Lösung des europäischen Kardinalproblems darstellen. Die Grossmächte selbst müssen sich verpflichten, mit keinem dieser Staaten in militärische Abmachungen einzutreten. Eine militärische Garantie müsste von allen abgegeben werden, dass eine Rückkehr von Truppen in irgendein Land der neutralen Zone von ihnen als sofortige Kriegsursache behandelt werde. Da Gesamtdeutschland in die neutrale Zone fallen würde, könnte die Wiedervereinigung endlich in ein Stadium der Verwirklichung eintreten. Den Befürchtungen der östlichen Nachbarn müsste in dem dann möglich

9. März 1957

gewordenen Friedensvertrag Rechnung getragen werden; für die Oder-Weisse-Linie liesse sich vielleicht eine Interimslösung dadurch finden, dass die polnische Sicherheit durch Stationierung von Truppen der Vereinten Nationen entlang der Oder-Weisse-Linie garantiert würde. Auf einer solchen Basis, mit einer derartigen Zielsetzung zu verhandeln, erfordert grosse Kunst, viel Energie und Geduld. Aber wenn es Erfolg haben würde, so würde man damit nicht nur das Gesicht Europas ändern, sondern Hoffnung in die gesamte Welt tragen. Gewiss, eine solche Lösung würde nicht viel mehr sein als "Ko-Existenz", und auch nur Ko-Existenz in Europa allein. Aber das grosse Gut der Freiheit würde vielen Millionen Menschen zurückgegeben werden.

Studium durch Schuldenmachen

O.B. In Berlin hat Bundestagepräsident Gerstenmaier dem Vorschlag gemacht, den Kötten der Werkstudenten durch eine Darlehenskasse zu begegnen. Vor ihm haben auch andere Abgeordnete der CDU/CSU die Forderung aufgestellt, den Studenten statt Stipendien Darlehen für die Zeit des Studiums zu geben und es kann damit gerechnet werden, dass die stärkste Regierungspartei bei den entscheidenden Verhandlungen im Bundestag diese Idee dem sozialdemokratischen Antrag auf Stipendien entgegenstellen wird. Vor diesem Plan, die berufliche Existenz von Zehntausenden junger Leute auf einer langfristigen Verschuldung aufzubauen, kann nicht rechtzeitig genug gewarnt werden.

Der Vorschlag der SPD, der auf den Stipendiansätzen des "Konrefer Modells" aufbaut, erfordert rund 3 000 DM für ein durchschnittliches Studium bis zum Examen. Gibt man diesen Betrag nicht als Stipendium, sondern als Darlehen, tritt der junge Akademiker seine erste Arbeitsstelle mit einer Verschuldung in etwa dieser Höhe an. Ein Mensch von Mitte zwanzig, der eine Familie gründet, ist schon jetzt kaum in der Lage, sich eine Wohnungseinrichtung anders als durch Retenzahlung zu beschaffen. Hat er sein Studium durch Darlehen finanziert, treten zu den Raten für die Möbel die Raten für die Tilgung des Darlehens. Nimmt man einen Zeitraum von zehn Jahren für die Rückzahlung der 3 000 DM, so ergibt das eine monatliche Belastung von etwa 65 Mark. Demgegenüber liegen bekanntlich die Anfangsgehälter in den akademischen Berufen äusserst niedrig. Es sei nur an die Assistenzärzte mit Monats-"gehältern" zwischen 150 und 200 DM bei freier Station und 60-stündiger

Arbeitszeit erinnert. Oder an junge Wissenschaftler, die an der Hochschule bleiben, um sich dort für die Dozentenlaufbahn vorzubereiten. Sie müssen noch heute jahrelang auf eine Assistenten-Planstelle warten und werden bis dahin mehr schlecht als recht aus Fonds für "studentische Hilfskräfte" bezahlt.

Für einen verantwortungsbewussten Menschen wird der Gedanke an eine langfristige Verschuldung beunruhigend sein müssen. Es wird sich in seinen beruflichen Plänen in erster Linie vom möglichst-viel-Geld-verdienen leiten lassen. Jedes berufliche Risiko während dieser Rückzahlungsfrist, jeder Arbeitsplatzwechsel muss unter dem Druck dieser Hypothek, nicht aber nach Feigung und Fähigkeit erwogen werden. Auch der Hinweis, man könne in Notfällen die Rückzahlung stunden, kann die Bedenken dagegen nicht ausräumen. Denn was sind im Ernstfall "Notfälle"? Wird es nicht im Einzelfalle zu einer Nachprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse führen müssen, zu einer verwal tungsmässigen Entscheidung, ob der "Notfall" nicht vielleicht selbst verschuldet ist?

Der "Staatsstudent" mit Stipendium, vor dem die CDU warnt, wird einzig und allein seine Prüfungskommission fürchten müssen. Das war bei Studenten immer so und soll auch nicht anders werden. Der Darlehensnehmer, mit dem offenbar die CDU liebäugelt, wird dagegen noch Jahre nach bestandenen Examen den Gerichtsvollzieher zu fürchten haben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markecheffel